

Leben und Lebensmöglichkeiten. Sie mag im traditionellen Sinne möglicherweise zeitlebens „unwirtschaftlich“ erscheinen, weil sie bewußt darauf verzichtet, sich lokale und regionale Billigstarbeit und Billigstressourcen einzuverleihen. Gleichwohl könnte sie sich in vielerlei Hinsicht lohnen. Dies weil sie ebenso die gesellschaftlich notwendige Arbeit anders bewertet und verteilt wie auch die Früchte dieser Arbeit. Und nicht zuletzt, weil sie mit dem Größenwahnsinn einer auf ein unbegrenztes Wachsen ausgelegten Ökonomie zu brechen vermag und sich auf eine andere Lebensqualität, auf Kooperation und Kommunikation und sozial friedliche Verhältnisse besinnt (5).

Anmerkungen

(1) Deutscher Bundestag (Hg.): Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung“. Bundestagsdrucksache 13/ 11200.

(2) Bleibaum, Brigitte; Lilo Steitz: Orientierung auf Bedürfnisse und Bedarf – Voraussetzung für ein alternatives Wirtschaften. Reflexion des ostdeutschen Forschungsstandes. In: Stiftung Fraueninitiative (Hg.): Wirtschaften für das „gemeine Eigene“. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. trafoVerlag, Berlin 1997.

(3) Vgl. Douthwaite, Richard: Short circuit. Strengthening Local Economies for Security in an Unstable World. Dublin 1996.

(4) Vgl. Bauhaus Dessau/ Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hg.): Wirtschaft von unten. People's economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau 1996 und Möller, Carola: Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften. In: Stiftung Fraueninitiative (Hg.): Wirtschaften für das 'gemeine Eigene', Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. trafo-Verlag, Berlin 1997.

(5) Peters, Ulla: Für eine Ökonomie des Alltags. In: Das Argument Heft 4, 1998, Anders wirtschaften, anders arbeiten, Hamburg, S. 509-518.

Die Autorinnen

Dr. Carola Möller ist Sozialwissenschaftlerin und freiberuflich in den Forschungsbereichen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Ökonomie tätig.

Kontakt: Herwarthstr. 22, 50672 Köln, Tel. 02 21/51 77 16, Fax 02 21/510 11 56

Dr. Ulla Peters ist Soziologin und arbeitet zu den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Ökonomie und feministische Theorie.

Kontakt: Markusstr. 10, 54298 Hofweiler, Tel. 06 50 59 90-23, Fax.: -25.

Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinwesenorientierten Ökonomie

„Treten wir aus dem Kapitalismus aus“

Einige Entwicklungen deuten darauf hin, daß es für ökonomische Nachhaltigkeit nicht hinreichend ist, nur an der nationalen Wirtschaftsordnung anzusetzen. Es geht auch um lokale Alternativen. Es sind daher Kriterien für die Sinnhaftigkeit von partiellen regionalen Abkopplungen zu diskutieren. Damit wird Gustav Landauers Programm nach 90 Jahren von neuem aktuell.

Von Hans Diefenbacher

Zwischen 1908 und 1910 hat Gustav Landauer – Dichter, pazifistischer Anarchist, Kultusminister der ersten bayerischen Räterepublik – eine Artikelserie veröffentlicht, die einen ganz anderen Weg zum Umbau der Gesellschaft propagiert als den marxistischen (1):

„Was führt uns zum Sozialismus? – Der Generalstreik! Aber ein Generalstreik ganz anderer Art ... Wir kündigen Euch, Ihr Arbeiter, den aktiven Generalstreik! ... Im aktiven Generalstreik sind die Arbeiter so weit, daß sie die Kapitalisten aushungern, weil sie nicht mehr für den Kapitalisten arbeiten, sondern für die eigenen Bedürfnisse. Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? Ihr habt Papiere? Ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie Euch gegenseitig – macht was ihr wollt! Oder – arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst. Wir verschwenden sie nicht mehr im Rahmen Eurer unsinnigen Wirtschaft, wir verwenden sie für die Organisationen und Gemeinden des Sozialismus.“

Nicht mehr als Lohnarbeiter für den Warenmarkt zu produzieren – das war für Landauer ein Sozialismus, mit dessen Aufbau sofort begonnen werden konnte und dessen Vorbild dann von allein weiter wirken würde (2). Nur die Strategie, mit wenigen klein zu beginnen werde, so Landauer, zum Aufbau einer humanen Gesellschaft führen, denn der Staat solle mit seinen korrigierenden Eingriffen dafür, daß der Kapitalismus entgegen den Prognosen der Marxisten weiterlebe (3).

Der erste Schritt ist für Landauer daher die Organisation des Konsums, ein weiterer Schritt die Organisation des Kredits, des Bankwesens also, in kleinen, dezentralen Genossenschaften. Diese beiden ersten Schritte führen aber erst in

Verbindung mit dem dritten zum Sozialismus: der Übernahme des Grund und Bodens durch die Volksgemeinden. Aus dem Kapitalismus austreten heißt für Landauer daher: sozialistische Gehöfte, sozialistische Dörfer gründen, Land- und Industriearbeit, Hand- und Kopfarbeit vereinigen, für alle Bedürfnisse selbst sorgen und, sobald es geht, mit anderen dieser Dörfer auf dem neuen, „sozialen Markt“ tauschen und den kapitalistischen Markt vermeiden. Staat und Kapital werden quasi von selbst von der neuen sozialistischen Wirklichkeit ersetzt. Der Kapitalismus erlischt – ihn zu zerstören, hätte gar keinen Sinn (4).

Landauers Aufrufe zur Gründung freier Konsumgenossenschaften und der ersten Siedlung (5) blieben in der Arbeiterbewegung fast ohne Resonanz. Das industrielle System (6) konnte sich bis zur Stufe der heute vorhandenen globalen Vernetzung entwickeln – zuletzt in den neunziger Jahren zunehmend ungestört auch von kritischen Anfragen.

► Landauers Programm heute

Dennoch: drei Entwicklungen sind es vor allem, die von neuem die Frage aktuell werden lassen, ob in einem friedlichen Wettbewerb der Systeme es Möglichkeiten einer Abkoppelung vom industriell-kapitalistischen System gibt, mehr noch: ob eine Abkoppelung von diesem System nicht sogar notwendig ist, um das Ziel der Nachhaltigkeit wirklich verfolgen zu können:

1. Das industriell-kapitalistische System erzeugt Verlierer, die es aus dem System selbst ausgrenzt. Der oft beschworene „trickle-down“-Effekt, der Wachstum in Wohlstandssteigerungen für die arme Mehrheit der Bevölkerung umsetzen soll, ist in den Ländern des Südens weitgehend ausgeblieben, während in den Ländern der OECD sich die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend öffnet.

2. Die Wachstums-Strategie führt im Laufe der Jahrzehnte zunehmend an Grenzen der Belastbarkeit: Grenzen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, der Belastung der natürlichen Umwelt mit Schadstoffen, aber auch Grenzen der Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche.

3. Die weltweite Vernetzung lokaler Wirtschaftskreisläufe, die ursprünglich einmal die Versorgungssicherheit der Regionen gesteigert hat, ist zu einem komplexen Risikofaktor geworden. Ausfälle oder Fehlschläge in einer Region oder einem bestimmten Wirtschaftsbereich übertragen sich auf viele andere Regionen und Bereiche. Das Verhalten transnationaler Konzerne, auf die ein ständig steigender Anteil des Welthandels entfällt, beseitigt Redundanzen – überschüssige Kapazitäten – wo immer es ihnen möglich ist. Die leichte Verfügbarkeit von Gütern anderer Regionen hat in vielen Fällen die heimische Produktion in vielen Bereichen bereits vollständig zerstört.

► Bedeutung lokaler Alternativen

Aus diesen Gründen gibt es sehr wahrscheinlich keine andere Alternative, als bestimmten Teilen des allumfassenden und alle Lebensbereiche infiltrierenden globalen Wirtschaftssystems eine lokal tragfähige Alternative gegenüberzustellen. Auf jeden Fall aber ist es sinnvoll, jene Sektoren des Weltwirtschaftssystems, die sich als besonders risikoreich erwiesen haben, durch den Aufbau lokaler Alternativen wieder neu abzuschichten. Hier ist insbesondere das Weltfinanzsystem zu nennen, das nicht nur die Gefahr eines kompletten Zusammenbruchs in sich trägt – obwohl das System zunehmend „gelernt“ hat, mit seinen Risiken umzugehen –, sondern vor allem für die ärmeren Regionen der Welt häufig zu einer permanenten „schleichenden Katastrophe“ geführt hat.

Ein solcher Aufbau lokal tragfähiger Alternativen läßt sich nicht von heute auf morgen, nicht gleichzeitig für alle Bereiche der Wirtschaft und vor allem nicht für jede Region gleichermaßen gut bewerkstelligen. Die komplette Herauslösung aus dem industriellen System wird auf absehbare Zeit Utopie bleiben. Und so wichtig es ist, sich im Rahmen einer Art von „Weltinnenpolitik“ unablässig um eine Neuordnung der internationalen Institutionen zu bemühen, um diesem Ziel wenigstens ein Stück weit näher zu kommen, so ist doch zu bezweifeln, daß *allein* auf diesem Wege rasche und durchschlagende Erfolge zu erzielen sind. Die Komplexität der zu lösenden Probleme ist sehr hoch, die neoliberal-

le Politik der internationalen Institutionen hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten überwiegend in die genau entgegengesetzte Richtung bewegt (7), und nicht zuletzt gibt es massive Einzelinteressen, die einer Gesamtlösung im Wege stehen. Außerdem ist Vielfalt und nicht Uniformität gefragt, wenn es darum geht, viele kleine ökologische Nischen nutzbar zu machen. Daher wird es notwendig sein, die Möglichkeit partieller Abkoppelungen so rasch und so intensiv wie möglich zu erproben und, wo immer möglich, als Teil einer Doppelstrategie, die sich eben nicht nur um die nationale und internationale Wirtschaftsordnung bekümmert, zu etablieren. Dabei geht es nicht um die Errichtung vieler kleiner Mauern als Einhegungen der neu entstehenden lokalen Ökonomien. Es wird vielmehr zusätzlich notwendig sein, zur Absicherung ein „neues Netz“ zu knüpfen – ein Netz aus möglichst vielen kleinen Regionen und Gemeinden, die sich bemühen, auf ihrem jeweiligen Gebiet und mit den dort lebenden Menschen so weit wie möglich eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung zu realisieren.

► Alternative Kriterien

Als Kriterien, anhand derer Prioritäten für mögliche partielle Abkoppelungen gesetzt werden können, sollten folgende fünf Punkte diskutiert werden (8):

1. Jede ökonomische Aktivität, jeder Produktionszyklus sollte in einer bestimmten Region auch für künftige Generationen fortsetzbar sein, ohne ökologische Zerstörungen oder andere Probleme hervorzurufen.
2. Die Wirtschaft der Region sollte – wenn überhaupt – nur langsam wachsen. Auf keinen Fall darf eine Wirtschaftspolitik verfolgt werden, in deren Logik Wirtschaftswachstum zur Voraussetzung für Wohlstand oder Vollbeschäftigung gerät.
3. In der Region sollten zumindest ausreichend Nahrungsmittel und erneuerbare Rohstoffe produziert werden, um ihren Bewohnern ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne die ökologische Tragfähigkeit der Region zu überschreiten und ohne andere Regionen der Erde auszubeuten.
4. Die Energie, die in der Region verbraucht wird, sollte so weit wie nur irgend möglich aus erneuerbaren Energieträgern dieser Region kommen.
5. Um Ausbeutung oder Störungen des ökonomischen Gleichgewichts durch Einflüsse von außerhalb der Region zu verhindern, sollte jede Region zusätzlich eine eigene Währung oder Verrech-

nungseinheit und ein regional eigenständiges Banken- und Kreditsystem haben. Da die Interessen von Investoren außerhalb der Region nur schwer mit den Interessen der Menschen in Einklang zu bringen sind, die in dieser Region wohnen, sollte Kapital die Grenzen der Region möglichst nicht überschreiten; Zinssätze sollten durch Faktoren innerhalb einer Region bestimmt und nicht abhängig von globalen Finanzmärkten sein. Eine Wirtschaft, die sich an den Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung orientiert, wird aus einem Netzwerk kleiner Regionen und Gemeinden bestehen, die sehr viele Bedürfnisse aus eigenen Ressourcen befriedigen können. Nur wenn die Möglichkeiten, aber auch die Begrenzungen der jeweils eigenen Region sorgsam beachtet werden, wird es gelingen, einen Wirtschaftsstil zu entwickeln, durch den die Bewahrung der Schöpfung weltweit überhaupt erst vorstellbar wird.

Anmerkungen

- (1) Landauer, Gustav: Was will der Sozialistische Bund, in: Der Sozialist, 1.10.1908.
- (2) Vgl. Landauer, Gustav: Was ist zu tun?, in: Der Sozialist, 11.1.1909.
- (3) Der Sozialist, 1.10.1908; vgl. auch Landauer, Gustav: Die Siedlung, in: Der Sozialist, 1. 5. 1910.
- (4) Ausführlicher zu Landauer vgl. Diefenbacher, Hans: 'Anarchie ist Ordnung' – Individualistischer Anarchismus bei William Godwin, Anselme Bellegarrigue und Gustav Landauer, in: ders. (Hrsg.): Anarchismus – Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft. Wiss. Buchgesellschaft/ Primus-Verlag, Darmstadt 1996, S. 34-51.
- (5) Landauer, Gustav: Sozialismus und Genossenschaft, in: Der Sozialist, 13.10.1910. Vgl. auch ders.: Vom Sozialismus und der Siedlung, in: Aufbruch (Berlin), Heft 4/1913, S. 86-93.
- (6) Zur idealtypischen Begriffsbestimmung des Gegensatzes von industrieller und gemeinwesenorientierter Ökonomie vgl. ausführlicher Douthwaite, Richard/ Hans Diefenbacher: Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften. Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1998, S. 53ff.
- (7) Vgl. Sassen, Saskia: Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization. Columbia University Press, New York 1996.
- (8) Vgl. Douthwaite/ Diefenbacher, op.cit., S. 82.

Der Autor

Dr. Hans Diefenbacher ist Leiter der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg.

Kontakt: FEST, Schmelweg 5, 69118 Heidelberg, Tel. 06221/912 20, Fax 06221/16 72 57, E-mail: hans.diefenbacher@bund.net

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.